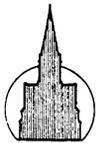

Münchener Theologische Zeitschrift

Vierteljahresschrift für das Gesamtgebiet
der katholischen Theologie

EOS Verlag
Erzabtei St. Ottilien



JAHRESINHALTSVERZEICHNIS 1990

Heft 1

Zum Geleit	1
Horst Bürkle, <i>Die Theologie der Religionen und die Christologie</i>	3
Armin Kreiner, <i>Die Relevanz der Wahrheitsfrage für die Theologie der Religionen</i>	21
Perry Schmidt-Leukel, <i>Der Immanenzgedanke in der Theologie der Religionen</i>	43
Heinrich Döring, <i>Der universale Anspruch der Kirche und die nichtchristlichen Religionen</i> ..	73
Winfried Aymans, <i>Zum Gedenken an Professor Dr. iur., Dr. theol., Dr. iur. can. h. c. Klaus Mörsdorf</i>	99
Manfred Weitlauff, <i>Adolf Wilhelm Ziegler in memoriam</i>	103
BUCHBESPRECHUNGEN	107
EINGESANDTE SCHRIFTEN	117

Heft 2

Daniel Hoffmann, <i>Das Fest als Emphase der religiösen Existenz — Die Emphase als Wesensmerkmal der jüdischen Festtage</i>	119
Thomas Söding, <i>Widerspruch und Leidensnachfolge. Neutestamentliche Gemeinden im Konflikt mit der paganen Gesellschaft</i>	137
Hans-Günter Gruber, <i>Hexenverfolgung und Inquisition. Zeit- und kirchengeschichtliche Zusammenhänge</i>	157
Wilhelm Korff, <i>Wirtschaft vor der Herausforderung der Umweltkrise</i>	173
BUCHBESPRECHUNGEN	186
EINGESANDTE SCHRIFTEN	192

Heft 3

Zum Geleit	195
Georg Schwaiger, <i>Ignaz von Döllinger: Der Apologet — Jahre der Wandlung</i>	197
Manfred Weitlauff, <i>Ignaz von Döllinger — Im Schatten des Ersten Vatikanums</i>	215
Peter Neuner, <i>Ignaz von Döllinger als Theologe der Ökumene</i>	245
Ernst Tewes, <i>Begegnungen mit Romano Guardini</i>	261
Anton Landersdorfer, <i>Die Bestellung der Bischöfe in der Geschichte der katholischen Kirche</i>	271
MISZELLE: Eugen Biser, <i>Der Maximal-Gott. Zu Rainer Buchers Untersuchung »Nietzsches Mensch und Nietzsches Gott«</i>	291
BUCHBESPRECHUNGEN	295
EINGESANDTE SCHRIFTEN	311

Heft 4

Manfred Görg, <i>Geschichte der Sünde — Sünde der Geschichte</i>	315
Gerhard Ludwig Müller, <i>Recht und Notwendigkeit einer Befreiungstheologie</i>	327
Eugen Biser, <i>Zur Freundschaft berufen</i>	347
Franz Xaver Bischof, <i>Die »Franziskanische Frage« — Ein ungelöstes historiographisches Problem</i>	355
Alexander Loichinger, <i>Sailer und Diepenbrock</i>	383
MISZELLE: Perry Schmidt-Leukel, <i>Die Relevanz der Theologie</i>	389
BUCHBESPRECHUNGEN	395
EINGESANDTE SCHRIFTEN	407

Mit kirchlicher Druckerlaubnis

Die Münchener Theologische Zeitschrift erscheint vierteljährlich im
© EOS Verlag Erzabtei St. Ottilien · D-8917 St. Ottilien

Herausgegeben von den Professoren der
Katholisch-Theologischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München

Redaktion: Geschwister-Scholl-Platz 1, 8000 München 22

Schriftleitung: Heinrich Döring — Manfred Görg — Reiner Kaczynski — Manfred Weitlauff

Die gesamte Korrespondenz und alle Besprechungsexemplare sind an die Redaktion zu senden. Die Zeitschrift kann beim Verlag und bei allen Buchhandlungen bestellt werden. Jahresabonnement 48,- DM. Preis des Einzelheftes 12,- DM. Die Schriftleitung ist verantwortlich für die nichtgezeichneten Beiträge. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung. Die eingesandten Neuerscheinungen und Neuauflagen werden im Anhang verzeichnet. Eine Besprechung der aufgefördert eingesandten Schriften erfolgt nach Tunlichkeit. Rücksendung nur, wenn Rückporto beigelegt wird.

Gesamtherstellung: EOS Druckerei, D-8917 St. Ottilien
ISSN 05 80-1400

Wirtschaft vor der Herausforderung der Umweltkrise

Von Wilhelm Korff

»Heute verlangt jeder Mensch täglich nicht nur sein Brot, das in seiner Einfachheit die Nahrung des Steinzeitmenschen symbolisiert, sondern auch seine Ration Eisen, Kupfer und Baumwolle, seine Ration Elektrizität, Erdöl und Radium, seine Ration Entdeckungen, Film und internationale Nachrichten. Ein einfaches Feld — und sei es noch so groß — genügt nicht mehr, der ganzen Erde bedarf es, um unsereinen zu ernähren.«¹ Solcher Anspruch, wie ihn Teilhard de Chardin hier als selbstverständlichen Maßstab für eine volle Existenzentfaltung des heutigen Menschen geltend macht, wirft zunehmend Fragen auf, Fragen nach seinen Voraussetzungen, Fragen nach der Möglichkeit seiner Einlösung, Fragen nach den zu respektierenden Bedingungen. Fast alles, was gegenwärtig als noch zu bewältigendes Problem erfahren wird, nimmt von diesem Anspruch seinen Ausgang. Je mehr wir uns mit der Vorstellung identifizieren, daß es erstrebenswert und gut sei, eine Welt zu wollen, die sich uns in all ihren Möglichkeiten erschließt, um so nachdrücklicher sehen wir uns in neue, vorher ungeahnte Verantwortungen genommen. Wie die künftige Welt aussehen wird, hängt wesentlich von den Bedingungen des Wirtschaftens ab, für die man optiert. Die Frage der Legitimität der Neuzeit — die Frage der Rechtfertigungsfähigkeit des die Neuzeit bestimmenden und ihr inhärenten Entwicklungsgangs — verdichtet sich zur Frage der ethischen Gestaltung ihrer Ökonomie. Ist es doch diese Ökonomie, die das menschliche Dasein in seinen Entfaltungschancen und Entfaltungsqualitäten auf völlig neue Grundlagen gestellt hat.

Moderne Wirtschaft ist wesenhaft *Innovativwirtschaft*. Darin unterscheidet sie sich von jeder bisherigen geschichtlichen Form menschlichen Wirtschaftens. Ihre innovative Struktur gewinnt diese Wirtschaft aus der methodischen Anwendung und Ausweitung technisch-rationaler Mittel bei der Beschaffung, Herstellung und Verteilung von Gütern, die der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dienen sollen. Gleichzeitig vermag sie aus denselben Voraussetzungen fortschreitend neue, bisher unbekannte Güter zu entwickeln und bereitzustellen, mit denen sie zwar an gegebene Bedürfnisse anknüpft, diese aber damit auch ständig fortentwickelt. Moderne Innovativwirtschaft erweist sich als Konsequenz, aber zugleich auch als Motor eines Kultursystems, das nach seinem Ansatz darauf ausgelegt ist, die Einrichtung und das Wissen des Menschen in methodischer Weise zu mehren. Es evoziert ständigen Überstieg. Die Welt, die sich der Mensch auf dieser Grundlage einer durch Wissenschaft und Technik geprägten Ökonomie zu schaffen vermochte, stellt alles bisher Erreichte in den Schatten. Sie baut sich nach Bedingungen auf,

¹ P. Teilhard de Chardin, *Der Mensch im Kosmos*, München 1959, 238

die zu einer immensen Steigerung der Möglichkeiten in fast allen Lebensbereichen geführt hat, der Nahrungsmittel- und Güterproduktion, des Gesundheitswesens, des Verkehrswesens, des Bildungswesens, der Kommunikation und schließlich, im Gefolge der Gesamtsteigerung der Ökonomie, des Ausbaus von sozialen Netzen.

Eben dieses auf ständige Ausweitung seiner Einsichts- und Könnensbestände ausgelegte Kultursystem entwickelt entsprechend eine eminent expansive Kraft. Alle wollen an ihm partizipieren. Keine überkommene Kultur vermag sich auf die Dauer seinem Sog zu entziehen. Zu seiner Verbreitung bedarf es keiner Missionare. Tatsächlich hat es — so Hannah Arendt — eine neue Weltsituation entstehen lassen. Mit der globalen Rezeption der technisch-wissenschaftlichen Kultur und deren mächtigstem Promotor, der modernen Ökonomie, ist »die Entstehung des Menschengeschlechts zu einer einfachen Tatsache geworden.«² Die Entwicklung scheint mit unaufhaltsamer Notwendigkeit zu verlaufen. Wir sind Zeitgenossen einer entstehenden Weltkultur.

1. Die Diversifizierung der menschlichen Handlungssphäre — Voraussetzung des heutigen Kultursystems

Fragen wir nach den *strukturellen* Voraussetzungen dieses Entwicklungsschubs, der die Menschheit auf eine neue Stufe im Gang ihrer Geschichte gebracht hat, so stoßen wir auf Zusammenhänge, denen gewöhnlich wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird, von deren Steuerung aber dennoch das Gelingen oder Mißlingen des gesamten weiteren Fortschrittsprozesses abhängt. Ich meine die im Zuge dieser Entwicklung immer stärker hervortretende Diversifizierung der menschlichen Handlungssphäre, die Entstehung von autonomen Kultursachbereichen, zu denen nun schon seit zweihundert Jahren auch die Wirtschaft zählt.

Die Geschichte des neuzeitlichen Fortschritts wird erst zureichend begriffen, wenn sie zugleich als Geschichte des Auseinandertretens und der Verselbständigung von Kultursachbereichen begriffen wird. Wir haben es mit einem Prozeß zu tun, der lange zurückreicht. Er gehört wesentlich zur Geschichte der westeuropäischen christlichen Kultur. In ihr hat er seinen Ausgang genommen und von dort aus seine ganze heutige Dynamik entfaltet. Er beginnt mit der Kompetenzabgrenzung der religiösen Sphäre gegenüber der staatlich-politischen. Der Ruf nach der *Libertas ecclesiae*, der Freiheit der Kirche, im Investiturstreit des 11. Jahrhunderts inauguriert die Autonomie der kirchlich verfaßten Religion gegenüber weltlicher Herrschaft. Gleichzeitig wird politische Macht damit ihrerseits in ihre Selbständigkeit freigesetzt und als laikale Macht begriffen. Der politische und der religiöse, der staatliche und der kirchliche Ordnungsbereich definieren sich als eigenständige, nicht aufeinander rückführbare Kultursachbereiche. Eine solche Trennung hat beispielsweise die islamische Kultur nie vollzogen. Dies hat Folgen bis heute.

Ein Jahrhundert später erringt die geistige Welt der Wissenschaften in der Universität ihre institutionelle Eigenständigkeit und gewinnt so einen von beiden Bereichen unabhän-

² H. Arendt: *Vita activa*. Stuttgart 1960, 252

gigen funktionalen Stellenwert. Es entsteht ein eigener, vor weltlichen und geistlichen Arrogationen geschützter Raum für Lehre und Forschung, der von der scientific community, der Gemeinschaft der Lehrenden und Forschenden, selbst verwaltet wird. Damit grenzen sich bereits *drei* relativ autonome Kulturbereiche gegeneinander ab, jeder von ihnen mit eigener, undelegierbarer Kompetenz.

Eine weitere Diversifizierung sollte sich als ebenso folgenreich erweisen, nämlich die zwischen Kunst und Technik in der Spätrenaissance. Wurde im Mittelalter Technik als »ars mechanica« der Kunst subsumiert, so beginnt sie sich jetzt vom ästhetischen Weltverhältnis zu lösen und eine neue synergetische Verbindung mit den aufkommenden Naturwissenschaften einzugehen. Tritt im Verständnis von Kunst immer mehr ihre *Subjektvermitteltheit* und damit die Autonomie des Werkes und des Künstlers in den Vordergrund, so sind die Hervorbringungen der Technik umgekehrt durch ihre *Objektvermitteltheit* charakterisiert. Produkte der Technik entstehen auf der Grundlage quantifizierbarer, mit naturwissenschaftlichen Methoden erschlossener Gesetzmäßigkeiten der uns gegebenen Welt. Genau damit aber eröffnet sich eine ganz neue Form von Produktivität. Fortschreitende Erkenntnis der Natur bedeutet zugleich Erweiterung der Möglichkeiten ihrer technischen Nutzung. Menschliches Erfinden gewinnt Methode. Es folgt den Spuren planmäßigen wissenschaftlichen Forschens und vermag sich gleichzeitig, wo immer dies erforderlich ist, in seinen Dienst zu stellen. Wissenschaft wird so zur unverzichtbaren Voraussetzung von Technikentwicklung und Technik ihrerseits wiederum zum Instrument wissenschaftlicher Erkenntnis. Diese neue Zuordnung von Wissenschaft und Technik schafft die Basis für eine Entwicklung, wie sie dann für den weiteren Gang der Geschichte der Neuzeit bestimmend wurde und schließlich zu den gewaltigsten Umwälzungen der Menschheitsgeschichte geführt hat: mit ihr gewinnt die Idee fortschreitender Sicherung und Entfaltung der menschlichen Lebenswelt Realität.

Freilich, die neue Verbindung von Wissenschaft und Technik bildet hierfür nur die notwendige Voraussetzung. Seine eigentliche Dynamik empfängt dieser Prozeß erst über die sich darin auftuenden immensen ökonomischen Nutzungsmöglichkeiten. Indem die Wirtschaft diese neue wissenschaftlich fundierte Technik systematisch in ihren Dienst nimmt und mit ihrer Hilfe innovative Produktionsverfahren zu entwickeln und entsprechend innovative Produktionsziele anzustreben vermag, tritt die lebensweltliche Bedeutung dieser Technik überhaupt erst in den Blick. Die Wirtschaft verschafft dem erwachten technisch-wissenschaftlichen Potential des Menschen gesellschaftliche Effizienz und wird damit zum stärksten Promotor einer sich ständig weiter entwickelnden technisch-wissenschaftlichen Kultur. Sie verwertet, erstellt und vermittelt, was wissenschaftliche und technische Rationalität ersinnen. Sollen Forschungsergebnisse und Erfindungen nicht sozial folgenlos bleiben, müssen sie, sei es unmittelbar oder über indirekt einwirkende Instanzen, in den ökonomischen Prozeß Eingang finden. Erst über die Wirtschaft werden Wissenschaft und Technik sozial produktiv.

2. Die Dissoziation von Wirtschaft und Staat als Voraussetzung für das Entstehen einer Innovativwirtschaft

Zur Sicherung solcher Innovativwirtschaft ist aber zugleich auch ein *politischer* Bezugsrahmen erforderlich, der sich von dem einer jeden stationären Wirtschaft grundlegend unterscheidet. Stationäre Wirtschaften haben sich geschichtlich als *agrikulturell* bestimmte Wirtschaften entwickelt, die zur Sicherung ihres maßgeblichen Produktionsmittels, des nutzbaren Grund- und Bodens geburts- und herrschaftsständisch organisiert waren. Familiäre, ökonomische und politische Ordnung bilden dabei eine innere Einheit. Ein solches herrschaftsständisches Ordnungskonzept aber wird in dem Augenblick gesamtgesellschaftlich dysfunktional, wo das ökonomische Geschehen dynamisch und innovatorisch verstanden wird. Moderne Wirtschaft ist durch Neuentwicklung von Produktionsmitteln, Neuerschließung von Produktionszielen und somit generell durch Produktivitätssteigerung bestimmt. Sie ist also gerade auf die Freisetzung von Eigeninitiativen, auf Kreativität und Kompetenzentwicklung gestellt. Ihre Ressource ist der Einfallsreichtum von Wissenschaftlern, Technikern und Unternehmern. Damit drängt die Wirtschaft notwendig zur Emanzipation von den Prärogativen politischer Herrschaft. Seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts beginnt sie sich in all ihren Segmentierungen als autonomer Kultursachbereich auszuformen. Die Dissoziation von Wirtschaft und Staat, von ökonomischer und politischer Sphäre erweist sich als zwingend. Erst in relativer Selbständigkeit gegenüber der öffentlichen Hand kann Wirtschaft ihre innovative Kraft entfalten.

Kein Tatbestand beweist die Notwendigkeit, der Wirtschaft einen autonomen Entfaltungsraum zu sichern, deutlicher als der sukzessive Zusammenbruch der kommunistischen Systeme. Planwirtschaft zielt ja gerade auf die Einheit von Staat und Wirtschaft. Was auf dieser Basis zu erreichen ist, bleibt reine Subsistenzwirtschaft, die kaum mehr als Grundbedürfnisse zu befriedigen vermag, oft nicht einmal dies. Der politische Impetus zur Verplanung trifft nicht nur die Wirtschaft mit ihren Produktionsmitteln, sondern letztlich die menschliche Produktivität überhaupt und damit zugleich alle auf Autonomie angelegten Kultursachbereiche. Hier wurde das Rad der Geschichte um ein Jahrtausend zurückgelegt. Auch der jüngste, erst in unserem Jahrhundert im Zuge der stürmischen Entwicklung der Kommunikationstechnik entstandene neue Kultursachbereich, die Welt der Medien, konnte unter dieser Voraussetzung gar nicht erst zu seiner Eigenständigkeit gelangen, sondern mußte sich im Rahmen eines solchen Systems als staatliches Manipulationsinstrument mißbrauchen lassen. Die Unhaltbarkeit einer solchen Politisierung und Verstaatlichung aller Lebensbereiche liegt auf der Hand.

Fortschritt ist offensichtlich nicht ohne *Spezialisierung* auf der Erkenntnisebene und ohne *Diversifizierung* auf der Handlungsebene möglich. Das gilt generell. Auch die Wirtschaft gewinnt sonach ihre Effizienz gerade aus der Begrenzung ihrer Aufgabenstellung. Dies aber schließt zugleich — und hier liegt der Nerv des Problems — Begrenzung auch ihrer *moralischen* Zuständigkeit ein. So wird niemand von der Wirtschaft etwa erwarten, daß sie in der Humanisierung der menschlichen Bedürfniswelt ihre Aufgabe erblickt, oder daß sie für die Lösung der zunehmend diffiziler werdenden Probleme der personalen Beziehungswelt der Menschen unmittelbare Zuständigkeit beansprucht, obschon doch beides im Zusammenhang mit den Entwicklungen der neuzeitlichen Produktionsweise gese-

hen werden muß. Tatsächlich geht es in der Wirtschaft ja in erster Linie um ganz andere Aufgaben, die sich nur unter Wahrung entsprechender ökonomischer Gesetzmäßigkeiten und in strenger Rückbindung an deren immanente Zielkriterien lösen lassen. Wirtschaft hat es mit der Beschaffung, Herstellung und Verteilung von Gütern zu tun. Das aber geschieht mittels *Unternehmen*. Und hier sind die Zielmargen eindeutig, sie lauten: Rationalität, Produktivität, Rentabilität. Die Unternehmen wiederum sind in *Volkswirtschaften* eingebunden. Und hier heißen die Zielmargen: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, Wirtschaftswachstum, außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Wir haben also von einer relativen Autonomie der Wirtschaft auszugehen. Diese Autonomie gehört zu ihrer Funktionsfähigkeit. Hinter diese Position dürfen wir nie mehr zurück, auch wenn damit längst nicht alle Schwierigkeiten, denen wir uns heute konfrontiert sehen — und hier erst spreche ich die Umweltkrise an — automatisch gelöst sind. Die Ausweitung der menschlichen Lebenswelt erfolgt keineswegs unter Bedingungen der Harmonie, sondern zeitigt eine Fülle neuer Probleme, unter denen sich die Umweltfrage heute am drängendsten stellt.

3. *Wirtschaft und Umwelt: Die Forderung nach Rückvernetzung*

Wenden wir uns deshalb dieser Problematik zu, die erst ganz am Ende der neuzeitlichen Entwicklung in ihrem vollen Gewicht hervorgetreten ist: der ökologischen Krise. Ziel der durch die Zuwächse an rationaler Technik fortschreitend veränderten menschlichen Arbeit ist die fortschreitende Erschließung der uns verfügbaren Welt in all ihren Möglichkeiten. Aber eben — und von hier nimmt die ganze Problematik ihren Ausgang — in ihren Möglichkeiten. Die Tatsache, daß die Natur zurückschlägt, wo der Boden ihrer Bedingungen preisgegeben, wo ihre Ökologie zerstört und ihre Ressourcen geplündert werden, zeigt an, daß sich auf die Dauer kein Fortschritt auszahlt, der gegen das Strukturgefüge der Natur verläuft. Auf eine ethische Bestimmung gebracht bedeutet dies: als Fortschritt kann nur bezeichnet werden, was von den Bedingungen der Natur mitgetragen wird. Dies muß sich nicht notwendig auf jede einzelne Lebensform beziehen, die die Natur hervorgebracht hat. Das Aussterben von Arten beginnt nicht erst mit dem Auftreten des Menschen. Der Konflikt ist durchaus in die Schöpfung einprogrammiert und erweist sich als wesentliche Antriebskraft ihrer Evolution. Was aber zählt, ist der Verbund der jeweiligen Lebensformen im Reichtum ihrer Erscheinungen, ihre Stimmigkeit in der gegebenen und sich immer neu formierenden Vielfalt.

Menschliche Vernunft ist die Vernunft einer Natur, die in ihrem ebenso gewaltigen wie verschrübaren Potential nur in dem Maße verfügbar bleibt, als der Mensch respektiert, daß sie nicht darin aufgeht, allein für den Menschen dazusein. Der Natur kommt ein Überhang an Eigenbedeutung zu. Insofern bleibt es der menschlichen Vernunft grundsätzlich verwehrt, die Möglichkeiten ihres Könnens ungefragt zum Richtmaß ihres Dürfens zu machen. Hier setzt die Natur selbst die unerbittlichen Grenzen. Entsprechend bedarf es notwendig einer fundamentalen Rückbindung der Ökonomie an die Ökologie. Der Haushalt des Menschen ist vom größeren Zusammenhang des Haushalts der Natur her auszulegen. Er steht in bleibender Abhängigkeit von ihr.

Andererseits überschreitet der Mensch in der technisch-wissenschaftlichen Kultur die Schwelle zu einem Daseinsverständnis, mit dem er das ihn umgreifende Potential der

Natur überhaupt erst als schöpferische Chance seiner eigenen Selbstentfaltung als Vernunft- und Freiheitswesen wahrzunehmen und systematisch auf seine humanen Möglichkeiten hin zu übersetzen beginnt. Das aber impliziert zugleich Umbau der Natur auf ihn hin. Soll er zur tatsächlichen Ausfaltung der ihm von der Natur her gebotenen Möglichkeiten seines Menschseins gelangen, kann er dies nur über den ihm in der rationalen Technik eröffneten, zur Umgestaltung dieser Natur führenden Weg erreichen. Entsprechend rückt dann aber auch die von ihm zu gestaltende Ökonomie unter eine Zielvorgabe, für die die Rückbindung an die ökologischen Erfordernisse der Natur zwar eine notwendige, jedoch keineswegs schon zureichende Bedingung darstellt. Damit aber ist der Konflikt einprogrammiert. Eine schlechthin konfliktfreie Allianz zwischen Ökonomie und Ökologie kann es im Prinzip nicht geben.

Dies wiederum läßt dann freilich manchen, angesichts tatsächlich gegebener, zum Teil gewiß verheerender Mißgriffe und Fehlentwicklungen, zu dem Schluß kommen, daß technologischer Fortschritt und Umwelterstörung in einem notwendigen inneren, gar proportional bestimmtem Zusammenhang stünden, so daß der Weg zur Heilung und damit zum Überleben des Ganzen nur über ein »Zurück zur Natur« gehen könne. Dem aber steht der Tatbestand der Selbstaufgegebenheit des Menschen grundsätzlich entgegen. Der Mensch ist nicht, wie alle übrigen Lebewesen, in die Natur eingepaßt. Um zum Stande seines Menschseins zu gelangen, muß er die Bedingungen hierzu, und darin in einem wesentlichen Sinne sich selbst, aus der ihn umgreifenden Natur herausarbeiten. Das aber kann nicht als Mangel angesehen werden, sondern begründet gerade die Einzigartigkeit und Größe seiner Stellung im Kosmos. Insofern stellt also die damit notwendig verbundene und durch die rationale Technik in umfassendem Sinne möglich gewordene Umstrukturierung der Natur auf ihn hin auch unter einem kosmisch-evolutiven Blickpunkt dem Grundansatz nach keineswegs ein Übel dar. Vielmehr treibt auch die Natur selbst darin über sich hinaus.

Die Ausweitung der technischen Welt widerspricht als solche der evolutiven Vernunft der Schöpfung nicht. Tatsächlich vollzieht sie sich ganz und gar auf deren Linie, solange der Mensch in jedem seiner technisch-rationalen Schritte von der Zielvorstellung eines je und je herzustellenden möglichst stabilen Fließgleichgewichts zwischen Ökonomie und Ökologie mitbestimmt bleibt. Als defizitär erweisen sich technische Errungenschaften entsprechend dort, wo ihre Nebenwirkungen in Abkoppelung von dem stets mitzuverantwortenden humanen und ökologischen Gesamtzusammenhang unaufgearbeitet bleiben. Hier aber — und nur hier — liegt das eigentliche Problem. Die entsprechende Rückbindung dieser unserer technisch-rationalen Welt in das sie ermöglichende Netzwerk der Natur ist bisher keineswegs zureichend geleistet. Der kategorische Imperativ im Hinblick auf eine umweltgerechte Technik lautet: Rückvernetzung, Retinität.

Entsprechend differenziert stellt sich denn auch das Spektrum der Einzelforderungen dar, das sich damit eröffnet. Es reicht von der Forderung nach artgerechter Tierhaltung (auch bei Massentierhaltung) und nach umweltgerechter Kultivierung und Bewirtschaftung unserer wichtigsten Nahrungsquelle, der Nutzpflanzen, über die Forderung nach Bewahrung der mittlerweile bereits ebenfalls bedrohten Grundstücke unserer Gesamtökologie, der großen maritimen und der letzten großen terrestrischen Biosysteme bis hin zur Forderung nach Verwertung, Aufarbeitung und umweltverträglichen Entsorgung der mas-

senhaften Restprodukte unserer technischen Zivilisation, der vielfältigen Formen des Mülls, der nichtabbaufähigen Kunststoffe, der radioaktiven Abfälle, der giftigen Abgase und Chemikalien, um so Wasser, Luft und Erde und alles, was davon lebt, nicht länger verheerenden Schädigungen auszusetzen. Das alles klingt plausibel. Es geht um Programme des Überlebens. Nur mit entschiedenen Schritten ist die ökologische Krise noch zu meistern.

4. *Interdependenz der Zuständigkeiten: Staat, Unternehmen, öffentliche Meinung*

Aber da stellt sich die Frage: von wem soll hier eigentlich die Initiative ausgehen? Unmittelbar von den Unternehmen doch wohl nicht, wenn wir den Gedanken der Autonomie der Wirtschaft und der damit gegebenen Begrenztheit ihrer Zuständigkeit, also auch der Limitierung ihrer *moralischen* Zuständigkeit und Verantwortung ernst nehmen. Unternehmen sind in einer freien Gesellschaft Privatveranstaltungen von Anteilseignern, und die Aufgabe des Leiters eines Unternehmens ist es, dafür zu sorgen, daß das Unternehmen sich weiterentwickelt und wirtschaftlich überlebt. Wirtschaftliche Unternehmen haben notwendig *begrenzte* Produktionsziele. Ihre Aufgabe kann also sicher nicht sein, für den Bestand und die Produktivität der Menschheit und der Natur insgesamt einzustehen. Überdies muß jedes Unternehmen, was seine Nutzenorientierung betrifft, vor jeder Langzeitplanung notwendig auch kurz- und mittelfristig rentabel operieren, will es sich nicht seiner Effizienz berauben und sein Überleben und damit das Überleben Vieler gefährden.

Dennoch muß hier genauer differenziert werden. Wenn zur Sicherung der Umwelt *Rahmenbedingungen* notwendig sind — was niemand bezweifelt —, so können diese in der Tat nicht von der Wirtschaft geschaffen werden. Sie zu setzen und durchzusetzen fällt vielmehr in die genuine Kompetenz des Staates, dem allein die Befugnis zukommt, alle wirtschaftenden Subjekte mit den Mitteln des Rechts gleichermaßen in Pflicht zu nehmen und so für alle die selben Ausgangschancen zu schaffen. Divergierende Interessen zu koordinieren und zum Ausgleich zu bringen, ist Aufgabe des Sachwalters des Gemeinwohls, des Staates. Das ist durchaus kein neuer Gedanke, und daß es eine solche übergreifende Sachwaltung gibt, liegt zugleich im Interesse der einzelnen Kultursachbereiche selbst. Insofern erweist sich auch die Autonomie der Wirtschaft letztlich nur als eine relative Autonomie. Der »homo oeconomicus«, den die Wirtschaft hier voraussetzt, der Mensch als produzierendes und konsumierendes Wesen, als »Arbeitsraupe« und als »Konsumschmetterling«, ist für sich alleine nicht zu haben. Eben das aber weiß auch die Wirtschaft. Der Mensch ist ein Wesen, dessen Bedürfnisse sich keineswegs alle vermarkten lassen, insofern sie ihrer Natur nach nicht im Ökonomischen aufgehen: Freundschaft, Liebe, Familie, das Unverrechenbare seiner personalen Beziehungswelt gehört ebenso dazu wie der daraus erwachsende, sich ins Universelle ausweitende ethische Anspruch, der in der Menschheit erwachende Sinn für Gerechtigkeit, Menschenrechte und Menschenwürde, aber auch das Gefühl des Menschen für die Natur, sein ästhetisches Weltverhältnis, seine Fähigkeit zu Ehrfurcht und Staunen, und schließlich die religiöse Erfahrung seiner Endlichkeit und seines schuldhaften Versagens, das Ringen um den tragenden Sinn seines Daseins.

Wirtschaft wird sonach durch Interdependenz, die zwischen ihr und den übrigen Kultursachbereichen besteht, durchgängig mitbestimmt, und als Kultursachbereiche sui generis fordern diese ihr eigenes Recht. Darin aber Ordnung zu stiften, bedarf es einer eigenen Steuerungsinstanz. Hier beginnt die Zuständigkeit des Staates und seiner Politik. Ohne politische und gesetzgeberische Maßnahmen sind divergierende Interessen nicht zum Ausgleich zu bringen. Politik, die dem Menschen in der Vielfalt seiner sich weiterentwickelnden Fähigkeiten, Bedürfnissen und Interessen gerecht werden und die Voraussetzungen dafür schaffen will, ist notwendig *Interdependenzpolitik*. Diese tritt bei der Wirtschaftspolitik besonders deutlich hervor. Sie ist nur in Verschränkung mit Arbeits- und Sozialpolitik, mit Familienpolitik, mit Wissenschafts- und Bildungspolitik, mit Entwicklungspolitik und schließlich mit Umweltpolitik verantwortlich zu realisieren.

Gerade daraus aber darf nun nicht gefolgert werden, daß die Aufarbeitung von Interdependenzdefiziten — im Bezug auf die Umwelt habe ich in diesem Zusammenhang von Rückvernetzung gesprochen — ausschließlich in die Verantwortung des Staates fiele, insofern nur diesem das Machtmittel des Rechts zur Verfügung steht. In Verantwortung genommen sind auch die Unternehmer und die Unternehmen selbst. Wer immer hier agiert, agiert eben nicht nur als homo oeconomicus, sondern zugleich auch als Mensch, als moralisches Subjekt, das nach der jeweiligen humanen Angemessenheit, nach der Sozial- und Umweltverträglichkeit seines Tuns fragt. Niemand kann und darf beim Betreten seines Unternehmens das Gewissen vor der Tür zurücklassen. Limitierung moralischer Zuständigkeit, die mit einer bestimmten Aufgabe zwangsläufig gegeben ist, kann also nicht bedeuten, daß die Besonderheit der Aufgabe und die Respektierung der zu ihrer Erfüllung erforderlichen Bedingungen von der moralischen Vernunft des Ganzen losgekoppelt wird. Auch Wirtschaft bewegt sich, so wenig wie etwa die Medizin, die Pädagogik oder die Politik, in einem ethikfreien Raum. Deshalb kann es hier also auch nicht genügen, nurmehr auf rechtliche Anordnungen zu warten und im übrigen nach der Maxime zu verfahren: was nicht verboten ist, ist erlaubt. Das Agieren in Interdependenzen darf sich keineswegs auf die staatlich-politische Steuerungsebene beschränken, es ist vielmehr zugleich Signum jeder verantwortlichen und weitsichtigen Unternehmer- bzw. Unternehmenspolitik. Die Geschichte kennt hier zuweilen ethisch zukunftsweisende Initiativen. Dies gilt gerade auch in Bezug auf Formen umweltgerechter Produktion.

Wir haben eben festgestellt: der Unternehmer muß dafür sorgen, daß das Unternehmen wirtschaftlich überlebt. Das ist seine moralische Pflicht, wo immer und solange er damit Menschen in sachgerechter Weise dient. Dem ist jetzt hinzuzufügen: stirbt aber die Natur, sterben auch die Unternehmen. Die Wirtschaft ist, soll sie langfristig, ja in vielen Bereichen heute bereits mittel- und kurzfristig, funktionsfähig bleiben, auf Umweltkompatibilität verwiesen. Insofern gehört der Ausbau einer vernünftigen Umweltschutzgesetzgebung durchaus zu den moralischen Funktionsbedingungen der Wirtschaft selbst; ja sie muß sie um ihres zukünftigen Bestandes willen forcieren. In diesem Prozeß bleibt sie keineswegs passiv; hier fällt ihr vielmehr eine aktive und eigenschöpferische Rolle zu. Umweltschonende Produktionsverfahren und umweltkompatible Produkte werden schließlich nicht in Umweltministerien entwickelt, sondern in Betrieben und Unternehmen. Im übrigen liegt hier zugleich der Grund dafür, daß Planwirtschaften die denkbar schlechtesten Voraussetzungen zur Durchsetzung einer wirksamen Umweltpolitik bieten. Die Pflicht zur Planer-

füllung ist auf die Dauer kein zureichendes Motiv für technische Innovation, und technische Innovation ist hier in jedem Falle gefordert. Tatsächlich fällt ja die Aufarbeitung von Umweltschäden zu einem nicht unerheblichen Teil in die Zuständigkeit der Technik selbst. Dies macht zugleich ein wesentliches Moment ihrer Weiterentwicklung aus. Insofern sind also, wie Wolfgang Kluxen mit Recht hervorhebt, viele umweltschädliche Nebenfolgen der Technik auch nicht einfach der Technik als solcher anzulasten, sondern deren unzureichender Realisierung, »keine Konsequenz der Technik, sondern Zeichen ihrer Imperfektion, die zu überwinden wiederum der Technik zugemutet und abverlangt werden kann«.³

Staat und Wirtschaft sind jedoch nicht die einzigen Mächte, die sich durch die Umweltkrise herausgefordert sehen. Herausgefordert wird auch die *öffentliche Meinung*, die sich auf der Grundlage vielfältiger gesellschaftlicher Initiativen, Bewegungen und Organisationen bildet und nicht zuletzt über die Medien artikuliert. Umweltbewußtsein ist wesentlich eine Frage des gesellschaftlichen Bewußtseins. Wo dieses fehlt, werden sich auch Politiker und Unternehmer kaum zu entsprechenden Aktivitäten aufschwingen. Wir brauchen also gesellschaftliches Umweltbewußtsein notwendig, auch wenn sich dadurch die Dinge oft nicht leichter gestalten. Staat und Wirtschaft haben in all ihrem Vorgehen diesem eben so wichtigen wie schwierigen »Bewußtseinsamalgam« Gesellschaft Rechnung zu tragen. Probleme der Technikakzeptanz gehören heute längst zu den vorrangigen Diskussionsstoffen der Öffentlichkeit. An dieser Öffentlichkeit aber und dem, was sie bewegt, läßt sich auf die Dauer weder vorbeiregieren noch vorbeiproduzieren. Gefordert ist deshalb von der Wirtschaft zunächst eine redliche Informationspolitik in allen Sachfragen. An dem hierzu notwendigen ökonomischen und technischen Sachverstand mangelt es ihr gewiß nicht. Was ihr aber darüber hinaus vielfach fehlt, ist etwas, was ich Grundlagenverstand nennen möchte, die Fähigkeit zu offensiver Vermittlung ihrer eigenen sozialen und anthropologischen Voraussetzungen. Ökonomen studieren keine Wirtschaftsphilosophie — die gibt es noch nicht —, und von Wirtschaftsethik als Studiendisziplin hört man erst seit jüngster Zeit. Und dennoch liegt hier der Angelpunkt der ganzen Akzeptanzproblematik. Solange sich die Wirtschaft dort, wo ihr Tun in Frage gestellt wird, in einer kasuistisch geführten Argumentationsstrategie auf Risiko- und Folgenabschätzung beschränkt, wird sie schwerlich den notwendigen Konsens erreichen. Mit sachverständigen Auslassungen von Experten, gehe es nun um Probleme der Gentechnik, der Embryonenforschung oder des Pflanzenschutzes, um Fragen der Reaktorsicherheit, der Strahlenmedizin oder der Datensicherung in der EDV, ist es offensichtlich alleine nicht getan. Fachspezifische Expertisen, und seien sie noch so fundiert, bleiben, wie das beispielsweise die seit Jahren anhaltende Diskussion um die Kernenergie zeigt, vielfach überraschend wirkungslos. Was darin nämlich immer auch hervortritt, ist die Tatsache, daß moderne Wirtschaft permanent und in einem zuvor unbekanntem Ausmaße mit Krisenmanagement verbunden ist. Genau daran aber kann sich ein Unbehagen entzünden, das dieser Wirtschaftsform grundsätzlich mißtraut oder sie sogar ablehnt. Daraus leite ich die Notwendigkeit ab, daß zu-

³ W.Kluxen: Moralische Aspekte der Energie- und Umweltfragen. In: Handbuch der christlichen Ethik, Bd.3, Freiburg 1982, 379—424, 413

mindest die Wirtschaftsführer — die Unternehmer, Ressortleiter und Manager, die für die Unternehmensphilosophie verantwortlich sind —, sich fähig machen, jedermann Rechenschaft auch über die *generellen* Voraussetzungen ihres eigenen Tuns und deren soziale und anthropologische Legitimation ablegen zu können:

Was legitimiert eine Wirtschaft, die nicht nur Bedürfnisse befriedigt, sondern auch Bedürfnisse weckt, die nicht nur Knappheit bewältigt, sondern auch Knappheit herstellt, die für Erwartungen produziert, die sie selbst erst geschaffen hat? Ist der Mensch ein offenes oder ein geschlossenes Bedürfnissystem? Woraus rechtfertigt sich eine Gesellschaft, die aus dem ständigen Vorgriff auf Zukunft lebt und damit die Idee des Fortschritts als Grundlage hat? Worauf gründet sich die Notwendigkeit der Autonomie des Kultursachbereichs Wirtschaft und wie läßt sich den damit gleichzeitig verbundenen Gefahren und negativen Auswirkungen gegensteuern? Und schließlich: Welches sind die allgemeinen Kriterien, die einer jeden Güter-, Übel- und Risikoabwägung zugrunde gelegt werden müssen?

5. Die Frage nach der Ethik der Technik rückt ins Zentrum der Wirtschaftsethik

All dies sind in der Tat Fragen, die der Wirtschaftler für sich beantworten muß, will er für die Grundlagen seines Tuns — und diese sind es ja, die vielen immer mehr zum Problem werden — Akzeptanzbereitschaft schaffen. Moderne Wirtschaft kann es sich nicht länger leisten, die eigenen moralischen Voraussetzungen außer Betracht zu lassen. Wirtschaftsethische Kompetenz ist kein ökonomischer Luxus. Zur Entwicklung solcher Kompetenz sah sich die Wirtschaft bisher in nennenswertem Maße nur von der Eigentumsproblematik und dem damit zusammenhängenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit herausgefordert. Und wir sehen heute, wie sich ihr genau diese Problematik mit der Entwicklungskrise der Dritten Welt in globaler Dimension nochmals stellt. Inzwischen ist mit der ökologischen Bedrohung auch das ureigene *Instrument* der modernen Wirtschaft, die *Technik*, unter Rechtfertigungsdruck geraten. Die Frage nach einer Ethik der Technik rückt ins Zentrum der Wirtschaftsethik.

Hier aber muß man zunächst über jene sich heute breitmachende, alles lähmende Vorstellung hinauskommen, als ob wir uns mit dem Eintritt in die Welt der Technik in einer bloßen Welt der Übel bewegen. Homo faber ist kein Irrläufer der menschlichen Evolution. Technik gehört zum Wesen des Menschen. Der Mensch paßt sich der Umwelt nicht nur an, sondern gestaltet sie. Insofern ist Technik eine genuine, artspezifische Eigenschaft des Menschen, »deren fortwährende Anwendung und Weiterentwicklung anhalten zu wollen genau so unsinnig wäre, wie einem Vogel das Fliegen zu verbieten«. ⁴ Technik ist von daher etwas prinzipiell Notwendiges, Positives, Gutes. In ihr schafft sich das »Bedürfnissystem Menschheit« seine instrumentelle Form. Dem korrespondiert ethisch die »regulative Idee Menschenwürde« und bleibt ihr als humanisierendes Prinzip zuzuordnen. Das Subjekt der instrumentellen Vernunft ist seiner Natur nach ein moralisches Subjekt. Die

⁴ G. Neuweiler, Den Weg der Vernunft gehen, in: Südd. Zt., 14./15.9.1985

instrumentelle Vernunft muß sich sonach als Vollzugsweise der Vernunft des moralischen Subjekts Mensch qualifizieren. Wo dies nicht geleistet wird, brechen jene Diskrepanzen auf, denen wir uns heute konfrontiert sehen. Die unbewältigten Nebenfolgen des technischen Fortschritts in Bezug auf Umwelt, Arbeitswelt, Konsumwelt und Beziehungswelt sind nicht nur physische, sondern moralische Übel.

Um zu sachgerechtem Umgang mit unseren technischen Möglichkeiten zu gelangen, bedarf es keiner prinzipiell neuen Ethik. Der Mensch ist von Natur verantwortungs- und sittlichkeitsfähig. Er ist seinem Wesen nach moralisches Subjekt. Alle Technik- und Wirtschaftskritik, alle Kritik am Mißbrauch der instrumentellen Vernunft kann sonach immer nur als Kritik am tatsächlich geübten Verhalten, als Mangel an moralischem Verantwortungsbewußtsein gefaßt werden, nicht aber als Infragestellung der geforderten sittlichen Kompetenz und Verantwortungsfähigkeit des Menschen überhaupt. Der Mensch ist keine Fehlkonstruktion der Natur. Die These, daß er einer ethischen Steuerung des von ihm in Gang gesetzten technischen Fortschritts gar nicht fähig sei, ist ebenso falsch wie gefährlich. Zwischen moralischer und technischer Vernunft des Menschen klafft kein evolutionsgeschichtlich bedingter, unüberbrückbarer Abgrund. Der Mensch hat durchaus die Kompetenz, moralisch verantwortbar mit dem umzugehen, was er instrumentell kann. Dies zu leisten gehört zur Größe seiner Bestimmung. Nur wo wir dies einsehen, haben wir die zureichende Motivation, auch zu je und je besserer Technik zu gelangen oder — wenn notwendig — auf die Anwendung bestimmter Technologien zu verzichten.

Doch selbst wenn sich Einvernehmen darüber erreichen läßt, daß der Mensch das ihm technisch Mögliche auch moralisch zu steuern vermag, heißt dies noch nicht, daß damit auch schon jede Technik auf Akzeptanz trifft oder daß sich darüber in jedem Falle ein allgemeiner Konsens herstellen ließe. Auch das ist ein geschichtliches Novum. Erstmals rückt das Pro und Kontra in Fragen der Vertretbarkeit von Technologien auf die Ebene kollektiver Überzeugungskonflikte. Genau dies aber wird man nicht leicht nehmen dürfen. Wo für einen Standpunkt Wahrheit beansprucht wird — und darum geht es hier —, bleiben Zugeständnisse ausgeschlossen. Überzeugungskonflikte lassen im Gegensatz zu bloßen Interessenkonflikten keine Kompromisse zu. Sie entwickeln ihr eigenes moralisches Pathos. Man wird abwägungsfeindlich, tendiert zum Grundsätzlichen, Bekenntnishaften. An die Stelle von Sachfragen treten Prinzipienfragen. Hier ist leicht der Punkt erreicht, an dem Toleranz schwierig wird. Dann aber beeindruckt auch nicht mehr der Verweis auf demokratische Spielregeln. Mit der Frage der Akzeptanz stellt sich plötzlich die Frage der politischen Loyalität. Wir müssen deshalb alles daran setzen, daß sich solcher Streit um die Technik nicht zu einer neuen Form von Fundamentalpolarisierung unserer Gesellschaft ausweitet.

Wenn Sie mich fragen, warum ich der Überzeugung bin, daß es zu einer solchen Fundamentalpolarisierung nicht notwendig kommen *muß*, so kann ich grundsätzlich darauf verweisen, daß es sich bei allen hier virulenten Konfliktstoffen, die die technische Entwicklung mit sich gebracht hat und wahrscheinlich auch in Zukunft weiter mit sich bringen wird, nicht um Mysterien handelt, sondern um durchaus aufklärbare und insofern konsensfähige Sach- und Entscheidungszusammenhänge. Darauf muß die ganze Diskussion abgestellt werden. Hierzu gehören vor allem Redlichkeit, Geduld, Lernoffenheit und Korrekturbereitschaft, und zwar auf allen Seiten. Jede Beschönigung aber auch jede Aufblä-

hung von Risiken, jede Verharmlosungs- aber auch jede Verteufelungsstrategie, überhaupt jede selektive Informationssteuerung ist hier von Übel. Technik muß konsensfähig sein, weil alle mit ihr leben müssen, am Ende die ganze Menschheit.

In diesem Zusammenhang noch ein besonderes Wort zur Glaubwürdigkeit wissenschaftlicher Gutachten. Ihnen muß auch dort Vertrauen entgegengebracht werden können, wo sie von Wirtschaftsverbänden oder politischen Einrichtungen, die zwangsläufig bestimmte Interessen verfolgen, in Auftrag gegeben werden. Jede Form von Gefälligkeitsgutachten schadet am Ende nicht nur den Auftraggebern, sondern auch dem Ansehen der Wissenschaft als solcher. Der Ruf nach einer »alternativen kritischen Wissenschaft« kommt schließlich nicht von ungefähr. Inzwischen gibt es allein in der Bundesrepublik bereits an die 40 Ökoinstitute, die für ein solches Verständnis von Wissenschaft votieren.⁵ Dies aber dürfte die Verwirrung komplett machen. Wissenschaft ist allein der Wahrheit verpflichtet. Wo man erst zwischen etablierter Wissenschaft einerseits und alternativer Wissenschaft andererseits zu unterscheiden beginnt, stellt man im Grunde die Autonomie der Wissenschaft selbst zur Disposition.

6. Fortschritt als Optimierung

Ich denke, daß die Überlegungen, die ich hier im Rahmen der Thematik »Wirtschaft vor der Herausforderung der Umweltkrise« vorgelegt habe, wichtig und notwendig sind, wenn ein Konsens über die Tendenzen dieser unserer neuzeitlichen Entwicklung und deren weiterer Steuerung möglich werden soll. Dennoch handelt es sich hier — genau betrachtet — bereits um Detailfragen. Es ist nämlich damit noch nichts über die generellen anthropologischen Bedingungen gesagt, denen auch *diese* Entwicklung — wie jede geschichtliche Entwicklung des Menschen — unterliegt, Bedingungen, die wir in all unserem Handeln zu respektieren haben, soll überhaupt Stimmigkeit erreicht werden. Diese Bedingungen aber sind mit der Verfaßtheit des Menschen gegeben: Menschliches Dasein ist prinzipiell bestimmt durch den Antagonismus von Unbegrenztheit und Begrenztheit.

Der Mensch kann ohne Zweifel mehr, als er bisher erreicht hat. Er ist mit der bleibenden Fähigkeit ausgestattet, sich selbst zu überbieten, seine Bestände an Wissen und Können zu mehren, gegebene Strukturen zu verändern und in neue Welten vorzustoßen. Dennoch bleibt er in all seinem Ausgreifen der Endliche, eingebunden in das Potential einer Welt, das ihn in seiner Endlichkeit je und je neu begrenzt. Jeder medizinische, jeder technische, jeder wissenschaftliche, jeder wirtschaftliche Fortschritt schafft zugleich neue Probleme. Es gibt keinen Fortschritt, der nicht seinen Preis hat. Bekommen wir das eine Übel in den Griff, entstehen uns dadurch zugleich andere. Wollen wir sonach zu stimmigen, das Ganze voranbringenden Lösungen kommen, so können wir dies nur durch eine Optimierung der jeweils konkurrierenden Zielgrößen erreichen. Dabei bedeutet Optimierung mehr als bloßes Krisenmanagement. Optimierung hat durchaus etwas mit vorausschauender Planung zu tun. Es geht gerade nicht darum, Löcher zu stopfen, sondern um

⁵ Vgl. H. Eilingsfeld, *Der sanfte Wahn*, Mannheim 1989. 76 ff

lernbereites Vorausdenken im Rahmen dessen, was möglich ist: Zukunft antizipieren und das als relevant Erkannte in unsere Verantwortung hineinnehmen und in Handeln umsetzen. Andererseits geht dies nicht ohne Kompromiß, und zwar auch nicht unter den Voraussetzungen eines noch so guten Willens. Dies macht deutlich, daß sich keine ein für allemal stimmige Lösung erreichen läßt. Nichts geht nahtlos auf, wie dies eine konfliktfreie Moral einreden möchte. Insofern arbeitet Ethik also keineswegs »unter ihrem Anspruch«,⁶ wo sie sich auf Güterabwägungen einläßt, um Konfliktminimierung ringt und nach Kriterien für das »kleinere inkaufzunehmende Übel« sucht. Vielmehr macht solche Abwägung gerade den Ernstfall der Ethik aus. Das unentrinnbare Fazit: Der Antagonismus von Unbegrenztheit und Begrenztheit, von Größe und Elend, von Komplexität und Entropie ist ein das menschliche Dasein generell charakterisierender Sachverhalt. Der Mensch kann offenbar mehr, als er bisher geleistet hat, er kann aber in Wahrheit zugleich weniger, als er zu seinem endgültigen Gelingen braucht.

Hier ist der Punkt erreicht, wo die anthropologische Frage zugleich zur religiösen Frage, zur Frage des Glaubens wird. Christlicher Glaube hat um diesen Antagonismus menschlicher Existenz immer schon gewußt. Er spricht einerseits vom Menschen als Bild Gottes, der kraft seiner Vernunft und Freiheit aktiv teilhat an Gottes schöpferischer Tätigkeit und zugleich vom Menschen als dem, dessen endgültiges Gelingen — die Bibel spricht hier von »Heil« — nicht seine, sondern Gottes Tat ist. Die definitive Vollendung der Dinge liegt nicht in der Hand des Menschen. Dies macht den Realismus christlich geleiteter Handlungsvernunft aus. Er unterscheidet sich von jedem *Schwärmertum*, das der Faszinationskraft seiner eigenen Utopie zu erliegen droht und den Himmel auf die Erde zwingen möchte. Er unterscheidet sich ferner von jenem *Fatalismus*, der vor jeder Zukunft resignierend sich in immer neuen Verfallstheorien gefällt und erschöpft. Er unterscheidet sich aber ebenso auch von jener *technokratischen Hybris unangefochtener Fortschrittsgläubigkeit*, die keinerlei letzte Erlösungsnot mehr kennt. Christlicher Umgang mit der Welt und den ihr innewohnenden Möglichkeiten bleibt demgegenüber von dem gelassenen Mut einer Verantwortungshaltung bestimmt, die sich den Chancen und Herausforderungen der Stunde ohne alle Verängstigung, mit »Leidenschaft und Augenmaß« zu stellen wagt: Sie muß sich die letzte Vollendung nicht selbst zumuten. Unsere Welt hängt nicht im Leeren. Sie bleibt von ihrem Grund und Ziel umgriffen. Die Schöpfung hat Gott im Rücken und vor sich. Wir arbeiten nicht im Nichts.

⁶ G. Altner, Überlebenskrise in der Gegenwart. Ansätze zum Dialog mit der Natur in Naturwissenschaft und Theologie. Darmstadt 1987. 175